

Ein deutscher Führer beim Völkerbund.

Berlin, 19. Juni. (Eigene Drahtmeldung.) Reichsarbeitsminister Dr. Brauns ist in Genf eingetroffen und hat bereits in Besprechungen mit dem englischen Delegierten beim Völkerbund, Lord Parmoor, und dem Generalsekretär beim Völkerbund Fäßlung genommen.

Damit bekennt also Deutschland die ernste Absicht, der unzweideutigen Aufforderung Macdonalds und Herriots Folge zu leisten, ein Gesuch um Aufnahme Deutschlands an den Völkerbund zu richten. Aber es gibt noch mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden, ehe der offizielle Schritt von deutscher Seite getan werden kann. Zunächst einmal stellen sich in der politischen dem Gedanken des Eintritts starke Widerstände entgegen. Während Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten für das Gesuch eintreten, neigen die Rechtsparteien der Auffassung zu, daß man erst in Verhandlungen mit den Regierungen der Entente darüber eintreten müsse, wie man sich dort zu der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stellt, ob mit dem Eintritt die neuerliche Anerkennung des Vertrages von Versailles verbunden ist und anderes mehr. Besonders auf deutsch-nationaler Seite betont man, daß es nicht genüge, wenn die Ruhrgefangenen be-

reit und die Selbständigkeit des Reiches an Rhein und Ruhr wieder hergestellt werde. Man müsse Sicherheit haben, daß neue Ueberfälle und Sanktionen von Seiten der Ententemächte ausgeschlossen sind. Man könne sich nicht damit begnügen, daß die deutsche Verwaltung im besetzten Gebiet wieder in ihre Ämter zurückkehrt, die Besatzung, die unsichtbar gemacht werden soll, müsse unter allen Umständen völlig aus dem besetzten Gebiet verschwinden. Aber auch die deutsche Regierung will sich die Hände durch einen vorläufigen Eintritt in den Völkerbund nicht binden lassen. Die Regierung verkennt keineswegs ihre Verpflichtung und Verantwortung dem deutschen Volk gegenüber, sie möchte nicht in die Lage kommen, bei einem Scheitern der Verhandlungen über das Gutachten sich einem neuen Diktat beugen zu müssen. Sie wird also bei der neuen Fühlungnahme in Genf vor allem versuchen, Garantien hinsichtlich der Sicherung Deutschlands in die Wege zu leiten, und es ist wahrscheinlich, daß man mit dem Aufnahmegeruch solange warten wird, bis die Verhandlungen mit den Alliierten über das Sachverständigengutachten die Berechtigung geben, an ein Einberufen und eine Verständigung mit England und Frankreich in der Reparationsfrage zu glauben.

Tumult in der französischen Kammer.

Die französische Kammer wurde am Donnerstag nachmittag 3 Uhr unter dem Vorsitz Painlevés eröffnet. Der frühere Finanzminister Bokarnowski interpellierte die Regierung über die Finanzpolitik des neuen Ministeriums. Er forderte den Ministerpräsidenten auf, sich klar darüber auszusprechen, ob er die von dem Kabinett Poincaré angekündigten Steuern zu widerrufen gedente. Bokarnowski stellte eine beratige Finanzpolitik als eine außerordentliche Gefahr für den Staat hin. Um sechs Uhr waren die Interpellationen zu Ende und Herriot begann die Erwiderungssprache. Gleich zu Anfang seiner Ausführungen ereignete sich ein Zwischenfall. Von der linken Seite waren einige unverkennliche Zwischenrufe gemacht worden. Es fiel das Wort „Mörder“. Die Rechte erhob sich von den Bänken und stürzte zur Rednertribüne vor. Die Linke folgte diesem Beispiel.

Es entstand ein ungeheurer Tumult. Der Präsident hob die Sitzung auf. Herriot verließ die Rednertribüne inmitten eines furchtbaren Tumults.

Um sieben Uhr abends wurde die Sitzung wieder aufgenommen. Auch sie brachte noch keine Abstimmung.

Die Wahl des Senatspräsidenten.

Der französische Senat hat den früheren Ministerpräsidenten und Präsidenten des Seinedepartements De Selves zum Präsidenten des Senats gewählt. De Selves hat 151 Stimmen erhalten, während der Kandidat der Linksparteien, nämlich der Vizepräsident des Senats Bienvenue-Martin, nur 134 Stimmen erhielt. Gegen fünf Uhr wurde das Resultat der Wahl des Rechtsrepublikaners De Selves in der Kammer bekannt. Die Rechtsparteien erhoben sich von ihren Sitzen und riefen: „Es lebe der Senat! Es lebe der Senat!“ Die Linksparteien entfiachten einen ungeheuren Tumult. Der Sozialdemokrat Montet rief: „Wir fürchten den Senat nicht!“

In parlamentarischen Kreisen wird die Wahl des Reichslandkandidaten De Selves nach der Wahl Doumergues zum Präsidenten der Republik als eine offene Absage des Senats an den Linksblock angesehen und als ein deutliches Zeichen, daß der Senat mit mehreren Punkten der Regierungserklärung Herriots keineswegs einverstanden ist.

Die Mitglieder der Kammer.

Die Fraktionen der französischen Kammer haben sich nunmehr endgültig wie folgt konstituiert: Sozialisten 104, Demokratisch-republikanische 103, Sozialistisch-republikanische mit den rechtsstehenden Sozialisten 44, Demokratisch-republikanische Linke 43, Radikale Linke 42, Linksrepublikanische 33, Kommunisten 26, Eisk-Volfringer 14 Mitglieder.

Die Amnestie im besetzten Gebiet.

Das französische Justizministerium veröffentlicht die Begründung zu dem Amnestieentwurf, dessen Einbringung in der Regierungserklärung angekündigt worden war. Die Deklaration erklärt darin, sie halte die Zeit für gekommen, eine große Anzahl wegen militärischen Vergehens verurteilter Personen für straffrei zu erklären und im größten Umfange auch die Delikte politischer Art (Streit, Presse- und Wahlvergehen, Verhöfe gegen die Vereins- und Gesellschaftsgesetzgebung) in den Straferlaß einzubeziehen. Darüber hinaus sollen auch die vom Staatsgerichtshof abgeurteilten Fälle der Amnestie unterliegen. Ferner verlangt die Regierung auf ein weiteres Jahr das Recht, die von den Kriegsgewichten Verurteilten für straffrei zu erklären und kündigt an, daß sie von dieser Ermächtigung den liberalsten Gebrauch machen werde.

Auf Grund des Amnestieerlasses sind in Mainz zehn deutsche Gefangene begnadigt worden.

Dr. Breitscheids Besuch bei Herriot.

Wie wir hören, hat der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Breitscheid, der im Auftrage seiner Partei bei dem französischen Ministerpräsidenten Herriot am Mittwoch nachmittag vorsprach, der französischen Regierung nahegelegt, ohne Einschränkung die Freilassung aller Ruhrgefangenen zu verfügen. Dr. Breitscheid teilte dem französischen Ministerpräsidenten mit, daß die demo-

kratische Partei in Deutschland die endgültige Räumung des Ruhrgebietes in absehbarer Frist erwarten, daß sonst eine Stärkung der Demokratie in Deutschland nicht erfolgen könne.

Die Rückkehr der Ausgewiesenen.

In Berliner Regierungskreisen bestätigt man, daß die baldige Rückkehr der während des Ruhrkonflikts ausgewiesenen deutschen Bürger in die besetzten Gebiete durch Vereinbarung mit der Interalliierten Rheinlandkommission in Aussicht gestellt ist.

Große Schwierigkeiten bereitet aber die außerordentlich katastrophale Wohnungsnot im besetzten Gebiet. Da die Wohnungen der Ausgewiesenen in gewissen anderweitig Verwendung gefunden haben, ist es sehr schwer, für die Zurückkehrenden wieder eine Unterkunft zu schaffen.

Aus diesem Grunde hat sich die Reichsregierung entschlossen, die Bautätigkeit im besetzten Gebiet, sobald es die Verhältnisse gestatten, zu fördern und neue Wohnungen zu schaffen. Alle öffentlichen Bauten, die bis zu 80 Prozent fertiggestellt sind, sollen nunmehr aus Reichsmitteln vollständig beendet und den zurückkehrenden Ausgewiesenen zur Verfügung gestellt werden. Die Mittel hierzu will die Reichsregierung dadurch beschaffen, daß sie gewisse Reichseigentümer verkauft. Diejenigen Bauten, die noch nicht bis zu 80 Prozent aufgeführt sind, werden unter sehr günstigen Bedingungen an die Gemeinden der besetzten Gebiete verkauft werden, deren Aufgabe es ist, sie endgültig fertigzustellen.

Die Lage der Ausgewiesenen hat sich inzwischen derart verschlechtert, daß verschiedene Parteien des Reichstages Anträge eingebracht haben, um eine sofortige Hilfsaktion einzuleiten.

Die Annahme dieser Anträge, die die Bereitstellung großzügiger Mittel seitens der Reichsregierung fordern, dürfte gesichert sein.

Die Festigkeit der Rentenmarkwährung.

Die Stabilität der Renten mark, die nach der Durchführung des Sachverständigengutachtens durch die kommende Goldwährung ersetzt werden soll, hat sich nach wie vor als unerschütterlich erwiesen. Bei den letzten Erhebungen über die Höhe der Inanspruchnahme der der Rentenbank zur Verfügung stehenden Mittel hat sich ergeben, daß die vorgesehenen vier Prozent des Reichtums noch nicht erreicht worden sind, sondern etwa erst drei Prozent. Man sieht sich also in die Lage versetzt, weitere ein Prozent flüssig zu machen und entweder durch Neuausgabe von Rentenmarkscheinen oder durch Gewährung von Krediten anzulegen.

Es wäre eine durchaus irrtümliche Ansicht, hierin eine neue Inflationsmaßnahme erblicken zu wollen. Nach Neuierungen des Reichsbankpräsidenten ist die Stabilität der Rentenmark durchaus gesichert.

Sie wird zudem in absehbarer Zeit durch das neue Geld der Golddiskontbank ersetzt werden. Weiter wird versichert, daß der Gesetzentwurf über die neue Goldnotenbank, welcher eine gewisse Verschmelzung von Golddiskontbank und Reichsbank darstellt, bereits fertig vorliegt und die Kredite des Auslandes gesichert sind. Die Rentenbank selbst wird nach Errichtung der Goldnotenbank völlig aufgelöst werden.

Anleihefreundliche Stimmung in Amerika.

Neu York, 19. Juni. Wie aus Washington gemeldet wird, begrüßt der Federal Reserve Board in einer amtlichen Erklärung die Auslandsanleihegesuche, da wegen Goldüberfluß in gewissen Anleihekreisen (!) Geschäftsumlauf herrscht. Weitere Gesuche der deutschen Golddiskontbank werden als sehr erwünscht bezeichnet.

Neues sächsisches Ministerpensionsgesetz.

Im Juni vorigen Jahres unterbreitete die damalige sozialistische Regierung dem Landtag eine Vorlage für ein Ministerpensionsgesetz. In dieser Vorlage war für nichtbeamtete Minister Pensionsberechtigung nach zweijähriger Amtsdauer in Höhe von 35 bis 50 Prozent des Ministergehaltes und bei kürzerer Amtsdauer ein

Uebergangsgeld bis zu 12 Monaten vorgesehen. Infolge des Widerspruchs, den diese Vorlage von rechts und links im Landtag erhielt, richtete der damalige Ministerpräsident Reiffisch an den Landtag ein Schreiben, das zur Folge hatte, daß die Vorlage unerledigt liegen blieb. Nunmehr hat die neue Koalitionsregierung dem Rechtsausschuß des Landtages von neuem eine Vorlage zu einem Ministerpensionsgesetz zugehen lassen, die dem Rechtsausschuß in seiner Sitzung am Dienstag vorlag. Nach diesem Entwürfe soll ein Minister, der nur vier Monate im Amte war, ein Uebergangsgeld für die Dauer von drei Monaten erhalten. Dieses Uebergangsgeld kann, je nachdem der Minister über vier Monate hinaus im Amte war, bis auf 23 Monate gezahlt werden. War der Minister über vier Jahre im Amte, so soll er auf Lebenszeit eine Pension in Höhe von 25 bis 40 Prozent des Ministergehaltes bekommen, das gegenwärtig monatlich 2000 beträgt. Minister, die aus dem Beamtenstande stammen, und die bisher ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Ministerthätigkeit nach ihrem Ausscheiden die Pension aus dem Ministergehalt bezogen, sollen nach der neuen Vorlage im Sinne eines früheren deutsch-nationalen Antrages so abgefunden werden, daß je nach Ausscheiden aus dem Ministeramt Pension nach ihrem zuvor bezogenen Dienstgehalt, mindestens aber nach Gruppe 12, erhalten. Unter Ablehnung deutsch-nationaler und kommunistischer Abänderungsanträge, die eine Herabsetzung bzw. den jährlichen Fortfall der Pensionserhöhung forderten, wurde die Vorlage mit den Stimmen der Volkspartei, der Demokraten und der Sozialdemokraten angenommen. Die Deutschnationalen und die Kommunisten stimmten dagegen.

Politische Tageschau.

Rollets Nachfolger in Berlin.

Berlin, 20. Juni. An Stelle des bisherigen Chefs der Interalliierten Militärkontrollkommission General Rollet, ist der General Manchac interimistisch zum Vorsitzenden dieser Kommission ernannt worden.

Rheinisch-westfälischer Volksbund, die neue Firma des Separatistenführers Matthes eingeleitet hat, daß er mit Frankreich keine Pläne mehr durchsetzen kann, hat er sich zu einer neuen Orientierung entschlossen. Er versucht jetzt, mit Hilfe des Völkerbundes seine Ziele zu erreichen. Er erläßt eine Art Manifest, unterzeichnet: Rheinisch-westfälischer Volksbund. Der Direktorium. Erfordert wird eine „Völkerbundsplattform für Rhein und Ruhr“.

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Bayern. Die Reichsregierung hat auf das Gesuch der bayerischen Regierung, die Post Bayern wieder zurückzuführen, geantwortet, daß auf Grund des Staatsvertrages vom Jahre 1919 von der Rückgabe der Post an Bayern keine Rede mehr sein könne, nachdem das Reich 620 Millionen Mark Abfindungssumme gezahlt habe. Die Reichsregierung erklärt sich aber bereit, in Verhandlungen mit Bayern darüber einzutreten, während der Inflationszeit gezahlten 620 Millionen viermal aufzuwerten. Weiter wird darauf hingewiesen, daß die Beratungen über das Eisenbahngesetz im Sachverständigenrat auch auf die Post übergreifen müssen, weil Post und Eisenbahn z. B. bei der Verdrößerung der Postlaster durch die Eisenbahn sehr miteinander liiert seien, als daß man die Fragenkomplexe trennen könnte. Man müßte also auch abwarten, zu welchem Resultat die Verhandlungen über das Eisenbahngesetz führen werden.

Beseitigung der deutschen Magistrate in Ost-Oberschlesien. Der Meißner Sejm hat gegen die Stimmen der deutschen und polnischen sozialistischen Abgeordneten mit nur 2 Stimmen Mehrheit in dritter Lesung den Gesetzentwurf angenommen, der die Wohnlosigkeit zur Auflösung der deutschen Magistrate ermächtigt.

Die Essener Kommunisten von den Stadtverordnetenversammlungen ausgeschloffen. Nach der Verpflichtung der neu gewählten Essener Stadtverordneten am 20. Mai, an der sich auch die kommunistischen Stadtverordneten beteiligt hatten, ließen diese durch ihren Fraktionsvorsitzenden erklären, daß sie grundsätzlich keine Schweigeverpflichtung gegenüber der Arbeiterklasse anerkennen. Auf Grund der Verweigerung des preussischen Ministers des Innern vom 4. Juni über die Ablehnung der Verpflichtungserklärung durch Stadt- und Gemeindevorordnete an die Stadtverwaltung wurde nunmehr dem kommunistischen Fraktionsvorsitzenden mitgeteilt, daß die Mitglieder der kommunistischen Fraktion für die Dauer der Geltung ihrer vorerwähnten Erklärung von der Teilnahme an allen Sitzungen ausgeschlossen werden.

Wegen der Betriebseinschränkung und Stilllegung der Deutschen Werke hat die kommunistische Reichstagsfraktion ein Schreiben an die Regierung gerichtet, in dem es heißt: „In die Regierung bereit, die Betriebseinschränkungen und Stilllegungen der Deutschen Werke einzustellen und die evtl. notwendigen Mittel zur Weiterführung der Werke bereit zu stellen.“

Mexiko.

Die Streitigkeiten mit Großbritannien und den Vereinigten Staaten haben sich nicht gelöst. Der amerikanische Vorkontrollkommissioner von seinem Posten zurückgetreten. Der britische Vorkontrollkommissioner verblieb in der britischen Vorkontrollkommission und weigerte sich, dem Anwesenheitsbefehl der mexikanischen Regierung nachzukommen. MacDonald erklärte im englischen Unterhause, daß man in der Aktion der mexikanischen Regierung eine große Verletzung der internationalen Höflichkeit sehe.

In 3
bahnen
wurde voll
40 S
hat le
Einer
Zuarbeit
Die M
den ganz
den Frem
Abwicklung
Bel
der Per
richte W
angekl
In de
vernömg
falt, die
Rechtsw
Der V
angenom
in Sinne
Abwicklung
Das
spanisch
Stadion a
Großh
getrohen
in Chile
Rach
im Dorf
durch ein
halten m
112 Tote.
Tim
Polohama
wurde.
Nische Bau
Europa au
Di
In w
tina in de
menen W
chle t
erlaufe
kol. Die
ens mit R
Rach wie
Abwicklung
schäten e
rang der
Wagen.
Wagen fra
ber Ueber
Klassenfö
ände wur
belaben g
und 46 85
wischen
Wagen im
den Mon
Gebiete
liegen 66
78 245 im
deutschen
Ausnahme
nämlich 2
hat dann
Begrünis
wacht, w
Braunhöf
Se
77. For
Wett
gründ, u
le als fe
nach jäh
und dem
über Ein
Salen.
gerne.
ist
den
Länder
auf De
und p
dem C
Wett
wundgef
neuen L
Bekens I
Ein
den De
über die
in wilden
Kamm,
Kurz hat
tam de
„St
jedwende
„St
inlagte f
den Abw
Mit
und lag
nich in